

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

9.10.1925 (No. 234)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gefesballek
C. K. u. n. b.
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 2.— Geldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. — Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verbriefet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

In seiner Karlsruher Rede hat sich Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Optimist bekannt und diesen Standpunkt in sehr ausführlichen Darlegungen, bei denen er so ziemlich alle großen Wirtschaftsfragen behandelte, begründet. Er wies darauf hin, daß die Lenkung keine spezifisch deutsche, sondern eine Welterscheinung und daß sie nicht auf inflationistische Vorgänge zurückzuführen sei. Die heute auf Gold basierende deutsche Währung sei durch die Bank- und Münzgesetze absolut gesichert. Die Hauptfrage ist die, ob die deutsche Wirtschaft weiter in der Lage sein wird, so viel Gold und Devisen zu produzieren, daß die Reichsbank eine ausreichende Menge von Banknoten der Wirtschaft als Zahlungsmittel und für Kredite zur Verfügung stellen kann. Die Hauptschwierigkeit besteht in der Auspumpung Deutschlands an Kapital und Betriebsmitteln, vor allem infolge der Nachkriegsereignisse. Der Reichsbankpräsident behandelte dann anschließend das Problem, wie dem großen vorhandenen Produktionsapparat das notwendige Öl, eben Betriebskapital, zugeführt werden könne.

Zwei bemerkenswerte Thesen stellte er dazu auf. Einmal erklärte er es für ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft durch ausländische Kraft wieder aufgebaut werde und zweitens, daß die Erwerbskraft eines Landes von 63 Millionen Einwohnern eine unendlich größere Kapitalquelle darstelle als jeder Auslandskredit. Dabei zeigte er, daß von einer Überfremdung der deutschen Wirtschaft bisher keine Rede sein könne, das Vereinfachen ausländischen Kapitals gehe sehr langsam und vorsichtig vor sich und der gesamte Besitz des Auslandes an deutschen Aktien sei eigentlich minimal. Es sei sogar wünschenswerter, daß das ausländische Geld in Form der ungleich mehr das Ausland verpflichtenden Kapitalbeteiligung, als in der Form der Auslandskredite herinkomme. Auch die Höhe der Auslandskredite betrage einschließlich der großen Devisenleihen höchstens 3 bis 3½ Milliarden Mark, eine Lappalie im Vergleich zu dem, was die deutsche Wirtschaft in Friedenszeiten aufgebracht hat. Sogar in dieser schweren Zeit seien andererseits bei Banken, Sparkassen usw. die verfügbaren Gelder bis zum August auf 13 Milliarden gestiegen, also bereits mindestens das Dreifache, selbst wenn man annimmt, daß in dieser Summe aus dem Ausland stammende Gelder einbegriffen sind.

In bezug auf die Auslandsanleihen forderte der Reichsbankpräsident recht nachdrücklich schärfste Selbstbeschränkung unter Anführung verschiedener Gründe, auf die auch an dieser Stelle schon mehrfach hingewiesen worden ist, vor allem dürfen solche Anleihen nur zur Verbesserung des Produktionsapparates dienen. Daraus geht hervor, daß sie in erster Linie der Wirtschaft und zwar der Landwirtschaft und der Exportwirtschaft und erst in zweiter Linie den Gemeinden zuliegen können, deren Gedeihen, wie auch das des Staates, auf dem Wohl der Bürger basiert. In der Tat ist auch bereits eine verstärkte Kontrolle der Auslandsanleihen im Gange, und das Zustandekommen der großen deutschen Kommunalanleihe in Amerika der deutschen Girozentrale nichts weniger als gesichert.

Optimistisch waren aber die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten insbesondere in bezug auf die Möglichkeit der Ansammlung von deutschem Sparkapital, auf die es natürlich ankommt, nicht auf etwa auf die Schaffung künstlichen Kapitals durch die Notenpresse. Dabei machte Dr. Schacht auch Vorschläge bezüglich besserer Ausbarmachung der im Inland verfügbaren Gelder, wobei er (wie auch an dieser Stelle schon ausgeführt) darauf hinwies, daß niedrigere Zinssätze (infolge Verschleppung des Warenmarktes durch hohe Zinssätze) durchaus nicht billigere Preise bedingen. Vor allem müssen nach Dr. Schacht größere Beträge langfristig hergegeben werden, denn die heutigen Schwierigkeiten liegen gerade darin, daß langfristige Bedürfnisse mit kurzfristigen Krediten gedeckt werden. Besonders die Landwirtschaft ist auf kurzfristige Wechselkredite, auch gewohnheitsmäßig, nicht eingestellt. Aber auch die Industrie müsse sich von der Gepflogenheit trennen, unvernünftig große Bestände an Rohmaterialien, Halbfabrikaten und leider auch Fertigfabrikaten zu unterhalten, während eine der größten Automobilfabriken Amerikas nie mehr als für 8 Tage Bestände an Materialien und Rohstoffen hat. Die Reserven und Möglichkeiten der deutschen Wirtschaft bei weiterer Rationalisierung der Produktion schilderte Dr.

Schacht übrigens als noch lange nicht erschöpft. Er bezeichnete es als Notwendigkeit, daß Deutschland wieder Kolonien erhalte. Ein Fortschritt Europas sei nur denkbar, wenn die Bestrebungen, ein einziges großes Wirtschaftsgebiet aus unserem Erdteil zu schaffen, gefördert und die Hüllschranken abgebaut werden.

Auch weiterhin steht die deutsche Wirtschaft im Zeichen der Umorganisation, um durch Zusammenfassung der Produktion diese wirtschaftlicher zu gestalten. Das bedeutsamste Ereignis in der letzten Zeit ist auf diesem Gebiet der Zusammenschluß in der deutschen Farbenindustrie. Es handelt sich um die völlige Fusion der in der Interessengemeinschaft der chemischen Großindustrie Deutschlands bereits vereinigten Werke, die von dem Wunsch nach besserer Rationalisierung und nach einheitlicher Führung der Geschäfte diktiert wurde. Hier handelt es sich überhaupt nicht wie bei der Eisenindustrie um eine in schwieriger Lage befindliche Produktion, denn Kriegs- und Nachkriegszeit konnten auch der deutschen chemischen Großindustrie keine nennenswerte Schwächung beibringen. Es handelt sich auch um keinen Abbau, sondern lediglich um einen Umbau. Die Interessengemeinschaft wurde als nicht zureichend empfunden, um Verläufe und gegenseitige Konkurrenz zu vermeiden. Die riesigen Fabrikanlagen können natürlich keiner örtlichen Zusammenlegung unterworfen werden, schon weil in ihnen zu große Werte investiert sind. Es wird jedoch ein Austausch der Fabrikanlagen stattfinden und jedes Werk auf gewisse Fabrikate eingestellt werden. Vier Betriebsgemeinschaften (Oberrhein, Mittelrhein, Unter- und Mitteldeutschland) werden gebildet. Weiter erfolgt eine noch engere Zusammenlegung der Verkaufszweigungen, die ja im Ausland bereits verschiedentlich vereinigt sind. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wird die übrigen Aktiengesellschaften in sich aufnehmen und ihr Aktienkapital von 177 Millionen Mark auf rund 450 Millionen erhöhen. Die neue Gesellschaft wird den Namen F.G. (Interessengemeinschaft) Farbenindustrie A.G. erhalten und ihren Hauptsitz in Frankfurt a. M. nehmen.

Im übrigen leidet ein erheblicher Teil der deutschen Industrie teils unter den durch den Mangel an flüssigem Betriebskapital hervorgerufenen Schwierigkeiten, teils unter Schwierigkeiten des Absatzes. An die Vorgänge im Stinneskonzern erinnert — wenn auch eine eigentliche Parallele nicht ziehbar ist — die gegenwärtige Lage des Stummkonzerns, für den durch die Reichsbank eine Stützungsaktion eingeleitet werden mußte. Der Stummkonzern nahm seine Entwicklung vom saarländisch-pfälzisch-nordlothringischen Industriegebiet aus und griff schließlich auch auf das rheinisch-westfälische Kohlenrevier über. Nach dem Krieg wurden die lothringischen und saarländischen Werke abgetreten bzw. zum Teil von französischem Kapital überfremdet, und die Hauptwerke bildeten die Gelsenkirchener Stützstahl- und Eisenwerke. Dazu kamen weitere Werke im Rheinland und in Westfalen, wie die Zeche Minister Achenbach, die Gewerkschaft König Wilhelm, und eine Anzahl kleinerer Betriebe der Halbfertigwarenindustrie. Bei Stumm handelt es sich nicht wie bei Stinnes um in der Hauptsache in der Inflationszeit zusammengebrachte Werte, sondern um alten Familienbesitz. Der Status des gesamten Konzerns wird als aktiv bezeichnet, doch leidet der Konzern unter Illiquidität und ist nicht imstande, seine kurzfristigen Kredite zurückzahlen. Die Verhandlungen mit der Reichsbank und anderen Banken hatten den Zweck, eine ein- bis zweijährige Stundung herbeizuführen. Abstufungen scheinen vorerst nicht geplant, man will aber durch Vereinheitlichung der Betriebsführung bessere Ergebnisse erzielen. Ein anderes Großunternehmen, das in Schwierigkeiten geraten ist, ist die Firma Georg Meißner & Co. Hier, wo monopolartig beherrschte Geschäftsbereiche vorliegen, hat wohl eine veraltete Geschäftsführung die Schuld. Es zeigt sich hier wie in den Fällen Stumm und Stinnes, daß die Leitung der verschiedenen Familienunternehmen, zumal unter den immer schwieriger werdenden Umständen der Nachkriegszeit den Anforderungen nicht gewachsen war, da vielfach an führenden Stellen wirkliche Fachleute mit der großen erforderlichen Übersicht fehlten. Was die badische Industrie anlangt, so sind wieder zahlreiche Betriebs-einschränkungen und Entlassungen zu verzeichnen, wie u. a. in der Industrie des Murgals und Rastatts, wobei besonders die Metallindustrie betroffen ist, sowie im südlichen Baden.

Die Konferenz von Locarno

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund
Die Donnerstagtagung war nach amtlichen Mitteilungen eine der schwersten Sitzungen der Konferenz. Sie war der Erörterung derjenigen Fragen gewidmet, die durch die Teilnahme der eventuellen Unterzeichner des Sicherheitspaktes am Völkerbund entstehen. Ihre Erörterung gab zu einer allgemeinen Erörterung Veranlassung, in der die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Italiens die Ansichten ihrer betreffenden Regierungen auseinandersetzen. Die Konferenz vertagte sich bis auf Samstag, den 10. Oktober. Es wurde beschloffen, an diesem Tage zwei Sitzungen abzuhalten, vormittags und nachmittags.

Aber den Verlauf der Donnerstagtagung meldet das deutsche WTB noch: Bei der Zusammenkunft wurden zum ersten Male wichtige politische Probleme angeschnitten. Eine große Rolle spielte Artikel 16 des Völkerbundsstatutes. Die Aussprache ließ auf allen Seiten den besten Willen erkennen, doch ist bei der außerordentlichen Schwierigkeit der angeschnittenen Fragen mit dem guten Willen nicht sofort auch eine für alle annehmbare Lösung gefunden. Vielmehr bestehen noch große unaußgeglichenen Gegensätze. Guten Vernehmen nach kam bei den Beratungen die Frage der Garantierung der Schiedsverträge nicht zur Sprache, auch ist die Aussprache nicht soweit fortgeschritten, daß etwa den juristischen Sachverständigen bereits neue Aufgaben zugewiesen werden könnten. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die juristischen Sachverständigen, die übrigens ihre gutachtlichen Beratungen über die ihnen zugewiesenen Fragen noch nicht abgeschlossen haben, sich später mit den seit Donnerstag zur Diskussion stehenden Problemen befassen müssen, obwohl die Entscheidung fast ausschließlich von politischen Gesichtspunkten aus und daher von den Delegierten persönlich getroffen werden müssen. Jedenfalls ist mit dem Donnerstag in eine tiefstehende Diskussion großer ineinander verknüpfter Probleme eingetreten worden, und es läßt sich heute noch nicht sagen, ob die von allen Parteien erstrebte Lösung gefunden worden sei.

Die frz. „Agence Havas“ meldet: In Beantwortung von Vorbehalten des Reichsaußenministers Dr. Stresemann hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, erklärte Außenminister Briand, alle Nationen müßten hinsichtlich des Völkerbundsstatutes auf dem Fuße der völligen Gleichberechtigung behandelt werden. Wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei, werde es seine Wünsche im Schöße des Völkerbundes vorbringen können. Briand bekräftigte dann, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Grundlage für eine gegenseitige Garantie und für ein europäisches Abkommen bilde. Gerade der Mangel an Sicherheit sei es, der bisher die allgemeine Abrüstung verhindert habe. Der Rheinpakt werde die erste Etappe auf dem Wege zur Verführung der Völker sein, die schließlich zur allgemeinen Abrüstung führen müsse. Chamberlain, Scialoja und Vandervelde stimmten den Bemerkungen Briands über die Notwendigkeit, die für die Zulassung zum Völkerbund festgesetzten Bedingungen zu achten, zu.

Das englische „Reuter'sche Büro“ berichtet, der Eindruck der Donnerstagtagung sei vorzüglich gewesen. Chamberlain habe sie als die interessanteste bezeichnet, an der er bisher teilgenommen habe. Von französischer Seite wird erklärt, man habe sich über den Westpakt nahezu geeinigt, und es seien nur noch formale Einzelheiten zu erledigen. Trotzdem dürfte es — wie der Berichterstatter des Reuter'schen Büros meint, sicher sein, daß die Konferenz noch mindestens zwei Wochen dauern werde.

Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zur Frage des Art. 16, da dieser Artikel von der Konferenz in Locarno nicht abgeändert werden könne, werde vorgeschlagen, daß eine Auslegung gefunden werde, die für Deutschland annehmbar sein würde. Danach würde Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund beantragen, den Artikel 16 neu auszulegen, und die anderen in Locarno versammelten Mächte würden es übernehmen, die abgeänderte Auslegung zu unterstützen, die dahin gehen würde, daß Art. 16 sich nicht auf Deutschland beziehe, solange dieses entwaffnet sei und die anderen Mächte an seinen Grenzen bewaffnet seien.

Chamberlain und Stresemann

Die persönliche Fühlungnahme der Hauptdelegierten wurde auch am Donnerstag fortgesetzt. Wie am Mittwoch zwischen Luther und Briand, fand Donnerstag vormittag eine längere Unterredung zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem englischen Außenminister Chamberlain statt. Die 1½ Stunden dauernde Unterredung behandelte nach Vätertelmeldungen den vielumstrittenen Artikel 16 des Völkerbundsstatutes und „die Frage der östlichen Schiedsverträge“. Viel bemerkt wurde, daß am Schluß der Donnerstag-Sitzung Reichskanzler Dr. Luther etwa 10 Minuten lang eine Besprechung mit dem belgischen Außenminister Vandervelde hatte. Die Besprechung habe sich jedoch nicht auf bestimmte Fragen bezogen, sondern habe sich generell mit der Völkerbundsfrage befaßt. Immerhin ist auch zu dieser kurzen persönlichen Fühlungnahme zwischen Vertretern Deutschlands und Belgiens, die übrigens durch eine längere Begegnung zwischen Staatssekretär von Schubert und dem belgischen Außenminister eingeleitet worden war, ebenso wie für die Unterredung Stresemanns mit Chamberlain zu bemerken, daß die Einzelbesprechungen der Minister für die Förderung der Konferenzarbeiten von großem Werte sind.

Optimistische Meldungen
W.P. Paris, 9. Okt. (Tel.) Nach einem Bericht des „Journal“ aus Locarno verstärkt sich der optimistische Eindruck. Wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, scheint es beinahe sicher, daß die Konferenz zu einem Abkommen führen werde.

W.P. Prag, 9. Okt. Der Sonderberichterstatter des Tschechoslowakischen Pressbüros meldet aus Locarno, daß unmittelbar nach der gestrigen Sitzung der Leiter des politischen Dienstes beim französischen Außenministerium, Bethelot, den Journalisten Informationen gab, wonach bereits am Montag gemeinsam mit den Vertretern der Tschechoslowakei und Polen die Verhandlungen über die Schiedsgerichtsverträge zwischen diesen beiden Staaten und Deutschland beginnen würden, und daß die Konferenz am Mittwoch oder Donnerstag beendet werden könne. Das würde bedeuten, daß begründete Hoffnung auf Ebnung aller übrigen noch vorhandenen Schwierigkeiten bestehe, insbesondere was die neue für alle Teile anwendbare Formulierung der Arbitrage-Verträge betreffe. Diesem Ziel, sowie der endgültigen Klärung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, soll der heutige Freitag gewidmet sein, der mit feiner Formalisierung belastet ist.

Baldwin über den Sicherheitspakt
In einer Rede in Brighton sagte der englische Premierminister Baldwin über den Sicherheitspakt: Ein neuer Gedanke wurde durch das deutsche Memorandum vom Februar vorgebracht, und die Regierung verlor keine Zeit, sich ihn zu eigen zu machen. Die zugrundeliegende Idee ist einfach und ehrlich. Was den Vertrag selbst anlangt, so sind die Grundsätze, von denen wir uns leiten lassen, klar. Der Vertrag muß zweiseitig und gegenseitig sein, rein defensiv dem Charakter und dem Geiste des Völkerbundes angepaßt. Jede neue von der britischen Regierung übernommene Verpflichtung muß friedlich und auf die bestehenden territorialen Abmachungen in jenem Gebiet beschränkt sein, welches für die britische Sicherheit von vitaler Bedeutung ist, nämlich an der Grenze zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn. Wir vertrauen darauf, daß das Ergebnis ein System sein wird, welches mit dem Mindestmaß neuer Verpflichtungen einen wesentlichen Vorteil für unser Land verbindet, indem es die Kriegsgefahren vermindert und zur Wiederherstellung Europas beiträgt. Ich bin der festen Hoffnung, daß derselbe Grundsatz, der für den Westen gilt, auch für die ständige Befriedigung Osteuropas angewendet werden wird.

Staatssekretär a. D. Dr. Preuß

Der demokratische preussische Landtagsabgeordnete, Staatssekretär und Reichsminister des Innern a. D. Dr. Hugo Preuß ist, wie aus Berlin gedruckt wird, am Donnerstag nacht gegen 3 Uhr im Alter von 65 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Er wohnte noch am Donnerstag einer Sitzung des Landtagsausschusses bei.

Dr. Preuß war einer der Schöpfer der neuen deutschen Reichsverfassung, ihm oblag ihre Formulierung. Er wurde 1860 zu Berlin geboren und war nach Beendigung seiner juristischen Studien zuerst als Richter tätig. Seinen persönlichen Neigungen folgend, ließ er sich im Januar 1889 als Privatdozent an der Universität zu Berlin nieder. Im Jahre 1906 wurde er zum Professor ernannt und gleichzeitig als Rektor an der Handelshochschule zu Berlin beauftragt. In der fortschrittlichen Volkspartei betätigte er sich besonders auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Im Jahre 1910 wurde er zum unbesoldeten Stadtrat in den Magistrat Berlin gewählt und beauftragt und hatte dieses Amt bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern, die am 15. November 1918 durch den Rat der Volksbeauftragten erfolgte, inne. Bei Bildung des Koalitionsministeriums am 6. Februar 1919 durch die Nationalversammlung in Weimar wurde er zum Reichsminister des Innern ernannt. Als solchem fiel ihm die wichtige Aufgabe zu, die Formulierung der neuen Reichsverfassung zu leiten. Später war er auch als Parlamentarier tätig. Ungemein reich ist sein literarisches Schaffen. Im Januar 1919 erschien seine Denkschrift über den „Entwurf einer vorläufigen Reichsverfassung“, der den Beratungen über die Verfassung von der Nationalversammlung in Weimar zugrunde gelegt wurde.

Die Nachrichten von der bevorstehenden Verlobung Hitzers, die verschiedene Blätter brachten, werden jetzt dementiert.

Badisches Landestheater

Manfred

Als zweites Werk der Festwoche brachte das Schauspiel des Badischen Landestheaters Byron's „Manfred“ in neuer Inszenierung heraus. Inhalt und Form der Dichtung wurden ausführlich schon an dieser Stelle behandelt. Die Neueinstudierung durch Felix Raumbach bemühte sich nach Kräften, der Eigenart der melodramatischen Dichtung gerecht zu werden, indem sie die feilsche Konzentration auf den Titelhelden noch unterstrich. So wurde die Aufführung mit Recht dem Wesen des Werks entsprechend ein stark bewegter Monolog Manfreds, dem Stefan Dahlen seine überlegte und beherrschte Sprachkunst lieh. Es war eine Nischenleistung in den reichen und gewaltigen Stimmungsschwankungen, die doch stets die Dominante der inneren zerrissenen Quast hervorhören ließen. Ich glaube aber, daß die Darstellung als Verleiblichung der Dichtung noch gewonnen hätte, wenn Dahlen die psychologische Auflockerung der Wortform, worin sich seine tiefbohrende demagogische Ergreifung des Wortgehalts unmittelbar offenbarte, nicht bei dieser gewiß klugen Verleiblichung der Verse hätte halt machen lassen, sondern sie schließlich doch wieder in das rauchende Gewand des Mythos gehüllt hätte. Schließlich ist ja Byron's Werk trotz aller abgründigen Leidenschaft doch weniger realitätsförmig als stilisiertes Kunstwerk, und diese Stilisierung ist erst durch den Versschliff nachherlebar, den man nur an seltenen Höhepunkten, insbesondere im letzten Akt vernahm. Sprachtechnisch hätte ich gewünscht, daß Dahlen uns mehr die helle Schönheit seines Organs hätte hören lassen, statt sie allzu häufig in Bruch- und Kulturaltonen zu ersticken. Trotz dieser Anmerkungen aber sei dem dankbaren Publikum reise und hohe Künstlerkraft anerkannt, die als mächtigster Pfeiler das Werk trug.

Felix Raumbach hatte verstanden, um diesen belebten und besetzten Träger einen eindrucksvollen Rahmen zu spannen, der vielleicht, namentlich im 1. Akt, zuviel farbige Licht verwendete, aber im Ganzen doch nicht mehr Theater war als wie die Dichtung aus sich heraus erforderte, und dennoch — und darin sehe ich das Hauptverdienst von Raumbach's Inszenierung — nicht nur tote Ornamentik blieb. Dadurch erhielt das an sich undramatische, monologische Werk in kluger Abtönung der Begleitstimmen doch dramatische Wirkungskraft.

Kann heute gebaut werden?

Viele Tausende von Deutschen warten schon lange darauf, daß endlich die Bautätigkeit wieder einsetzt. Wenn die Wohnungsnot auch im letzten Jahre eine Milderung erfahren hat, so ist doch klar, daß die Wohnungsfrage nicht lösbar ist, bevor nicht wieder gebaut werden kann. Nun wird freilich heute bereits in gewissem Umfang gebaut. Man sieht überall schon wieder begonnene oder halb fertigestellte Neubauten. Aber hier handelt es sich, mit Ausnahme von Villen- und anderen Luxusbauten, in der Hauptsache um Bauten die ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Vor allem werden die Erträge der Gebäudebesitzersteuer bezogen. Die erreichten Erfolge sind immerhin zufriedenstellend. Was wir heute an Neubautätigkeit zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses beobachten, ist zu einem erheblichen Teil auf die Kapitalzuschüsse aus den Hauszinssteuererträgen zurückzuführen.

Eine wirklich freie, von niemanden subventionierte Bautätigkeit zur Erreichung von Wohnungen, die dann gewerblich vermietet werden, ist heute noch nicht möglich. Vom 1. April 1926 an sollen die Wohnungsmieten allerdings wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreichen. Aber auch dann wird das Bauen von Wohnungen zu gewerblichen Vermietungszwecken noch nicht rentabel sein. Wie das ganze Preisniveau, so liegen auch die Preise der Baumaterialien um 50 bis 60 Prozent über den Vorkriegspreisen. Das entspricht zwar dadurch der Steigerung des Weltmarktpreisniveaus — und darum wird auch auf lange Zeit hinaus nichts daran zu ändern sein —, aber es macht andererseits nötig, daß die Mieten nicht nur die Vorkriegshöhe erreichen, sondern sie um mindestens 50 Prozent übersteigen, wenn das Bauen von Wohnungen ohne Zuschüsse oder billiges Kapital wieder rentabel werden soll. Geld zum Bauen ist nicht nur knapp, sondern auch viel zu teuer. Wenn das Geld den heutigen Verhältnissen auf dem Geldmarkt entsprechend verzinst werden soll, so müssen die Mieten beträchtlich höher sein als in der Vorkriegszeit, damit die Zinsen aus den Mieten herausgeholt werden können.

Materialknappheit und Geldknappheit sind also die Ursachen, aus denen heute in Deutschland ohne staatliche oder kommunale Subvention nicht gebaut werden kann.

Die zweite und weit schwieriger zu beantwortende Frage ist nun aber die, ob die staatlichen Behörden und die Kommunen die Subventionspolitik auf dem Gebiete des Bauwesens fortsetzen sollen. In gewissem Umfang ist ja die Verwendung der oben erwähnten Steuer zur Förderung der Neubautätigkeit gesetzlich vorgeschrieben. Aber sollen noch über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus staatliche und kommunale Gelder zur Förderung der Bautätigkeit in gegenwärtiger Zeit verwendet werden? Gewichtige Gründe sprechen zweifellos dafür. Die Beseitigung der Wohnungsnot, eine ausreichende und bessere Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse der heute oft unter recht elenden Verhältnissen lebenden ärmeren Bevölkerungsschichten ist zweifellos eine wichtige soziale und bevölkerungspolitische Aufgabe, in deren Dienst sich Staat und Gemeinden unter allen Umständen stellen müssen. Dennoch muß die Frage ernstlich geprüft werden, ob eine umfangreiche Verwendung von Geld und Kredit durch öffentliche Körperschaften zur Förderung der Bautätigkeit unter den gegenwärtig in Deutschland herrschenden Verhältnissen sich rechtfertigen läßt.

Zunächst ist zu bedenken, daß wir uns in Deutschland immer noch mitten in einer Umschichtung der Bevölkerung befinden. In den letzten Monaten z. B. sind infolge der Krise im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau viele Tausende von Bergarbeitern und Arbeitern der ebenfalls vielfach stillliegenden eisenerzeugenden Montanbetriebe des Westens entweder in mitteldeutsche Bergbaubetriebe oder in andere Industriezweige (z. B. den Kalibergbau) oder endlich zur Landwirtschaft abgewandert. Es wäre also immerhin recht bedenklich, wenn man in den von der Abwanderung betroffenen Industriegebieten Westdeutschlands staatliche oder kommunale Gelder und Kredite in Wohnungsbauten investieren würde, da niemand weiß, welchen Umfang die Montanindustrie und die durch sie hervorgerufene Arbeiterabwanderung aus den überdicht besetzten Industriegebieten Westdeutschlands noch annehmen kann. Ähnlich liegen die Dinge aber auch in anderen Industriegebieten, auch wenn diese von der Abwanderung bisher noch nicht so schwer betroffen wurden. Eine gewisse Abwanderung der Industriearbeiterschaft in die Landwirtschaft, die infolge ihrer ärmlichen wirtschaftlichen Lage besseren Löhne zu zahlen und in der Industrie arbeitslos gewordene Kräfte aufzunehmen imstande ist, ist überhaupt in den letzten

Jahren in Deutschland deutlich zu beobachten. Noch läßt sich also nicht mit genügender Sicherheit überall in Deutschland übersehen, wo eine umfangreiche Neubautätigkeit besonders notwendig ist und wo die Neubauten vielleicht bald nicht mehr voll in Anspruch genommen werden können.

Auf der anderen Seite freilich kann und wird auch niemand die volkswirtschaftliche Wichtigkeit, ja Unentbehrlichkeit einer Belebung der Bautätigkeit verkennen. Wenn man einmal von der sozialen und bevölkerungspolitischen Seite des Wohnungsproblems ganz abieht, so ist auch die Förderung, die die deutsche Wirtschaft durch das Wiedereinsetzen einer umfangreichen Bautätigkeit erfahren würde, überaus groß. Nicht nur die verschiedenen Baugewerke, sondern auch zahlreiche von diesen abhängige Industrie-, Handwerks- und Handelszweige würden, wenn es gelänge, die Bautätigkeit endlich wieder in Gang zu bringen, aufblühen und vielen, vielen Tausenden von Arbeitskräften, auch einem großen Teile der heutigen Erwerbslosenunterstützungsbezieher lohnende Beschäftigung und reichliches Brot bieten können. Die gesamte deutsche Wirtschaftskonzunktur würde eine entscheidende Wendung nach oben erfahren, wenn wenigstens in gewissem Umfang, sei es auch zunächst nur auf Grund öffentlicher Kredite, wieder im Großen gebaut werden könnte.

Trotz alledem muß es offen ausgesprochen werden, daß die Zeit für eine großzügige Belebung der Bautätigkeit in Deutschland noch nicht gekommen ist. Das entscheidende Hindernis liegt in der schweren Geld- und Kreditkrise, die gegenwärtig unsere deutsche Wirtschaft bedroht. Genuß bringt eines Bauen eine Belebung unserer ganzen Wirtschaft mit sich aber die unbedingt notwendige Voraussetzung, nämlich das Vorhandensein ausreichenden Kapitals, fehlt heute in Deutschland noch vollkommen. Wir sind zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft, sei es auch nur im lebensnotwendigsten Umfang, gegenwärtig auf ausländische Kredite angewiesen. Diese Auslandskredite sind aber fast durchweg viel zu kurzfristig, als daß sie für Wohnungsbauzwecke verwendet werden dürften. Sie müssen vielmehr dort eingesetzt werden, wo sie weit schneller wieder flüssig gemacht werden können und sich verzinsen, als das bei einer Verwendung zum Bauen der Fall sein kann. Vor allem ist Deutschland gegenwärtig durch den Zwang der Verhältnisse unter allen Umständen darauf angewiesen, alles Geld und allen Kredit, soweit dies nur irgend zur Verfügung stehen oder mobil gemacht werden können, in denjenigen Industrie- und Gewerbezweigen zu investieren, die für den Export deutscher Waren auf dem Weltmarkt arbeiten. Hier wird das Geld nicht nur im Gegenzug zur Bautätigkeit schnell umgelegt und wieder flüssig gemacht, sondern es dient auch dazu, unseren Warenexport zu vergrößern und dadurch unsere Reparationsverpflichtungen mit Hilfe veräußerter Exporte zu erfüllen. Darauf aber, daß uns das gelingt, kommt in unserer gegenwärtigen Lage alles an.

So wichtig also für unsere deutsche Volkswirtschaft die Neubautätigkeit auch sein mag, es muß zusammenfassend gesagt werden, daß Deutschland heute noch immer kein Geld zum Bauen hat. Was in die Bautätigkeit hineingesteckt wird, kann nur langsam und ohne ausreichende Verzinsung wieder herausgezogen werden. Es dient unmittelbar dem inneren Konsum, dessen Bedürfnisse, wie die Dinge nur einmal liegen, so notwendig sie auch sein mögen, hinter die des Warenexportes zurückgestellt werden müssen. Das Geld und der Kredit, die verbaut werden, fehlen uns für den Ausbau der Exportindustrie, und sie sind viel zu knapp, als daß beide Bedürfnisse nebeneinander in der heutigen Deutschland befriedigt werden könnten. Das Geld muß uns näher liegen als der Kredit, und darum dürfen wir erst dann in größerem Umfang Kredite, also geborgtes Geld, in die Bautätigkeit hineinstecken, wenn unsere Exportindustrie kein dringendes Kreditbedürfnis mehr haben, und wenn sie soviel exportieren, daß unsere Handels- und Zahlungsbilanz in ausreichendem Maße aktiv ist. Solange aber unsere Exportindustrie zu Geld- und Kreditarm ist, um mehr Waren auszuführen als eingeführt werden müssen, dürfen wir Geld und Kredite in großem Umfang nicht in die für den Konsum arbeitenden Bauindustrien hineinstecken.

R. K.

Weitere Maßnahmen gegen Kartelle. Die „Tägl. Rundsch.“ erfährt, daß weitere Maßnahmen gegen eine Reihe von Kartellen eingeleitet worden seien. Auf Grund der Kartellverordnung habe das Reichswirtschaftsministerium eine Kartellgerichtsloge gegen 15 Verbände verschiedener Branchen wegen Gleitpreise und Preisbindend-Kaufel eingereicht.

Gründung einer amerikanischen Zepelin-Gesellschaft. Die New Yorker Zepellengesellschaft, ein Konzern, dessen Grundkapital zwei Millionen Dollars betragen soll, hat den Antrag auf Verleihung der Korporationsrechte eingereicht. Als Zweck der Gesellschaft bestimmen die Statuten die Herstellung von Luftfahrzeugen und deren Zubehör.

Einzelnen hätte man sich ja anders vorstellen können, wie etwa die etwas kitschig geratene Gensjägerzine (Fris Herz) oder gar die Erscheinung der Astarte (Melanie Ermath), die in der fahlen grünen Beleuchtung wohl verständlich machte, daß sie aus langjährigem Grabesaufenthalt erschienen war, aber dafür Manfred, der ihre blühenden Lebensfarben begehrt, Lügen straft; dafür waren aber andere Szenen wieder umso wirkungsvoller wie etwa die Massen Szene bei Ahrimans (Germann Brand) Erscheinung.

Zahlreiche bewährte Kräfte des Schauspielerepersonals waren in mehr und minder bedeutenden Sprechrollen verbandt und legten Zeugnis von der sorgfältigen Einstudierung des Werkes ab. Über der Aufführung in allen Teilen gerecht zu werden, vermag der Schauspielereferent alleine nicht; dazu bedarf er der Unterstützung durch den Kollegen von der Musikabteilung.

Prof. Dr. Karl Holl.

Schumanns „Manfred“-Musik

Schumann, der in seiner Zeitschrift für Musik schon für die Sinfonie fantastique von Berlioz begeistert eingetreten war, hatte auch für dessen zweite programmatische Sinfonie „Harold in Italien“ großes Interesse. Vermutlich haben wir darin die äußere Anregung für seine eigene Vertonung einer Dichtung von Byron zu suchen, obwohl auf ihn, den Komponierenden Poeten, wie damals auf jeden empfindsamen Menschen Byron's „Manfred“ an sich einen mächtigen Eindruck machte. Seine Manfredmusik (op. 115) entstand allerdings viel später (1848/49), merkwürdig eingebettet zwischen der unglücklichen Oper „Genoveva“ und jener Faustmusik, die ihn höher und nachher lebhaft beschäftigte. Daß sein „Manfred“ weder eine Oper noch ein Oratorium werden konnte und sollte, wissen wir genau. Schon in der „Genoveva“ hatte Schumann bewiesen, daß er überhaupt kein richtiges Gefühl für die Lebensbedingungen der dramatischen Musik besaß; die Szenen aus Goethe's „Faust“ zeigen, daß er später aber auch unfähig war, im Oratorienstil hohe und reize musikalische Kunst uns zu schenken. Was ist nun diese Manfredmusik, die in einer Zeit entstand, wo Schumann (wie man richtig bemerkt hat) die Grenzlinie zwischen dem „schönen Wahnsinn“ des künstlerischen Schaffens und der pathologischen Störung des seelischen Gleichgewichts selbst nicht mehr scharf zu ziehen wußte?

Die Manfredmusik ist auf jeden Fall eine geniale Schöpfung, doch schwerlich läßt sich entscheiden, ob sie mehr als Konzertmelodram anzusehen ist, wozu so große Sprechkünster wie Ernst von Koloff und Franz Wüllner sie vorzugsweise machten, oder ob sie wirklich dem Typus des selbständigen Bühnenmelodrams angehört, wie wir es geftern hier erlebten. Eigentlich steht nur fest, daß auch sie aus dem Klavier-Melodram entsprungen ist, das Schumann bekanntlich mit zärtlicher Vorliebe (erinnert sei an „Schön Hedwig“, an die „Ballade vom Heidenraben“ und an „Die Blüdtlinge“) pflegte. Nach Anlage und Erfindung sind die Überbreite und die Zwischenaktmusik die weitaus genialsten Stücke. Sie genieren auch, aus dem Zusammenhang losgelöst, im Konzertsaal seit langem vollste Befriedigung. Unter den rein melodramatischen Teilen ragt Manfreds Ansprache an Astarte neben der Anrufung der Alpenkönigin besonders hervor. Das übrige sind Solo- und Chorgesänge ohne intensivere Eindruckskraft, soferne sie auch den Kern der Dichtung — den romantischen Unterton der Manfred-Stimmung möchte man fast sagen — streifen oder wie im Schlußchor frei ungehalten, der durch Schumanns Begleitmusik und Texterweiterung fraglos ein verklärtes und verhöhenes Ende vorläßt. Die Aufführung zeigte, soweit dieser musikalische Teil in Betracht kommt, wiederum ein hohes Maß von künstlerischer Gestaltungskraft. Ferdinand Wagner überwand auch geschickt alle Schwierigkeiten, die sich aus der ungewöhnlichen Zusammenarbeit mit Schauspielkräften ergeben mußten. Man darf ohne weiteres behaupten, daß die Ausdrucksstärke der Dichtung selbst durch das Unheimlich-Überfremdliche wie es nur der garten musikalischen Nachzeichnung möglich ist, wesentlich gehoben wurde. Von den Mitgliedern der Oper waren beteiligt: Gise Blauk, Magda Strad, Dr. S. Wucherpfennig, Karlheinz Höfer, Walter Barth, Christian Lander und Eugen Reinbach.

Badisches Landestheater. Als Abschluß der Festwoche des Badischen Landestheaters geht am Sonntag, den 11. Oktober in vollstündiger Reueinszenierung und Einstudierung Weber's „Oberon“ in der Bearbeitung von Gustav Mahler in Szene. Musikalische Leitung: Ferdinand Wagner, szenische Otto Krauß, Dekoration: Emil Durland, Kostüme: Margarete Schellenberg. Die Vorstellung beginnt um 6½ Uhr.

Kurze Nachrichten.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Verhandlungen über die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen sind wiewohl in die Schlussphase eingetreten. Infolgedessen kann man die Zuversicht haben, daß ein Abkommen vor Ende Oktober erzielt werden wird.

Die deutsch-holländischen Handelsvertragsverhandlungen. Eine offizielle niederländische Abordnung, die sich aus Vertretern der zuständigen holländischen Ministerien zusammensetzt, ist nach Berlin abgereist, um dort Verhandlungen fortzusetzen, die zurzeit zwischen den beiden Staaten über gewisse Handelsbeziehungen betreffende Fragen schweben.

Schließung des deutschen Theaters in Eger. Die tschechischen Behörden haben das deutsche Theater in Eger geschlossen. Durch diese Schließung soll die Gestaltung tschechischer Vorstellungen, die von der Stadtgemeinde abgelehnt worden waren, erzwungen werden.

Feier zur Erinnerung an die erste Deutsche Einwanderung in Amerika. In der Niesenhalle der deutschen Turngemeinde in Philadelphia fand eine deutsche Feier zur Erinnerung an die vor 242 Jahren erfolgten ersten deutschen Einwanderung in Amerika statt. Professor Walther Schäding hielt die Festrede, worin er für die von den Deutsch-Amerikanern geleistete Hilfe dankte, welche unendlich viel zur Erhaltung der deutschen Jugend beigetragen hätten. Im deutschen Kolle lebte die Hoffnung auf den Sieg des Rechtes fort, dieser aber solange, daß die Millionen Deutscher um Deutschlands jetzige Grenze mit Deutschland verbunden werden.

Badischer Teil

Die Mannheimer „Arbeiterzeitung“ vor Gericht

In der Mittwoch-Sitzung des Mannheimer Schwurgerichts wurde der Redakteur Paul Schulz von der kommunalistischen „Arbeiterzeitung“ wegen Vergehens gegen das Verfassungskonzept und Verleumdung des Ministers Remmele und des sozialdemokratischen Staatsrates Marum zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und drei Wochen, abzüglich zwei Monate zwei Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Es handelt sich um die Veröffentlichung der vier gefälschten Briefe, die in einem Leitartikel, überschrieben „Aus dem Stumpfe der Geldad-Republik“, in der Ausgabe der „Arbeiterzeitung“ vom 24. April d. J., zwei Tage vor der Hindenburg-Wahl, verbreitet wurden. Diese Briefe sollten angeblich von Minister Remmele und Staatsrat Marum verfaßt und an Dr. Kraus und den Reichstagsabgeordneten Ged in Mannheim gerichtet worden sein. Gegen den eigentlichen verantwortlichen Redakteur Kessler konnte das Verfahren bisher nicht eröffnet werden wegen seiner Abgeordneten-Immunität. Außer gegen Schulz hat der Staatsanwalt gegen den Redakteur Ritter von dem gleichen Blatte Anklage erhoben wegen nicht rechtzeitiger Ablieferung des Hefenemplars.

Die in Karlsruhe kommissarisch benommenen Minister Remmele und Staatsrat Marum erklären, niemals mit der Verfälschung dieses Artikels etwas zu tun gehabt zu haben. Der Zeuge, Dr. Kraus, früher Leiter des „Reichsbanners“ und jetziger Bürgermeister von Kehl, befand unter Eid, daß er niemals irgendwelche Beziehungen als Leiter des „Reichsbanners“ mit der Regierung oder mit dem Minister Remmele oder dem Staatsrat Marum gehabt habe. — Ritter bemerkte zur Anklage, er habe keine Kenntnis von dem Artikel gehabt. Schulz will das Material zwar gesehen haben, von dem Inhalt aber keine Kenntnis gehabt haben. Der verantwortliche Redakteur Kessler war wegen seiner Abgeordneten-Immunität nicht zu fassen.

Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat der am 11. September 1908 in Oberbach geborenen Paula Giermann, die unter eigener Lebensgefahr ein Kind vom Tode des Ertrinkens rettete, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Zu den Landtagswahlen

Die Deutsche Volkspartei hat für den 5. badischen Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Forsheim) nimmere die endgültige Liste aufgestellt. Die 5 Spitzenkandidaten sind 1. Kaufmann Wlfer-Karlsruhe, 2. Oberregierungsrat Bauer-Karlsruhe, 3. Rechtsanwalt und Stadtrat Steinle-Forsheim, 4. Buchdruckermeister Gerd-Bretten, 5. Fabrikant Schäufele-Forsheim und weitere 10 Namen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Derbolsheim, 9. Okt. Die sterblichen Reste des entschlafenen Generalvikars Dr. Müß wurden am Dienstag Vormittag nach Derbolsheim, seiner Heimat, übergeführt. Domkapitular Weß geleitete dort das leibliche Requiem, an das sich die Traueransprache von Domkapitular Dr. Weber angeschlossen. Dann folgte das Leichenbegängnis. Dem Leichenzug folgte der Sarg mit dem Domkapitel, die nächsten Angehörigen des Verstorbenen und eine große Zahl von Geistlichen. Nach Einsegnung des Grabes gedachte der derzeitige Regens des Priesterseminars St. Peter in anerkennenden Worten der großen Verdienste des Verstorbenen um die Heranbildung des Klerus. Nach Beendigung der Einsegnungsfeierlichkeiten übernahm Bürgermeister Steinherr das Grab in die Obhut der Stadt.

Bad. Krözingen, 7. Oktober 1925. Das hiesige Thermalbad wird ab 1. November geschlossen, da über den Winter-Wohnungen vorgenommen werden sollen.

Bad. Großschönau (Amt Kehl), 6. Oktober. Die vor einiger Zeit aufgenommenen Kohlenabfuhrungen mußten, nachdem man auf etwa 30 m Tiefe gelangt war, wegen technischer Schwierigkeiten unterbrochen werden. Nunmehr sind die Arbeiten nach dreiwöchiger Pause wieder aufgenommen worden. Kohle hat man bis jetzt noch nicht gefunden, dagegen wurde eine ergiebige Lehm- bzw. Tonfahle zugute gefördert. Aufgrund der angestellten Untersuchungen hat, wie verlautet, eine Kaffee-Firma bereits Grundstücke angekauft, um darauf eine Tonfabrik zu errichten.

Bad. Überlingen, 6. Oktober. Die Dampfbohrleitung zum neugebauten Speicherkraftwerk, das Schmersensind der Stadt Überlingen, ist am Sonntag nachmittag wieder einmal mitten in der Schluffstrecke vom Krankenhause bis zum Weg undicht geworden, so daß das Wasser haushoch aus der Leitung schoß und sich in großen Strömen den Fußweg, Erde und Steine mit sich führend hinunter wälzte. Es überflutete die Mühlenstraße, die anliegenden Gärten, den Viehmarkt und bahnte sich dann einen Weg durch die Felder, Gassen- und Schulstraße, wo es seinen Abfluß in den See nahm. Da die automatische Vorrichtung zum Ablassen des Stauwerkes glatt funktionierte, konnte weiterer Ausstrom verhindert werden. Immerhin haben manche Anlagen durch das Eindringen des Wassers in Haus und Garten größeren Schaden erlitten.

Gemeinde-Rundschau

Zur Eingemeindungsfrage Lahr-Dinglingen. Über die Eingemeindungsfrage mit Lahr wird von Dinglingen gemeldet, daß auch der dortige Gemeinderat einen Sängersentwurf ausgearbeitet hat, der in einer unverbindlichen vertraulichen Besprechung zwischen Mitgliedern des Gemeinderats und den vom Bürgermeister eingeladenen Mitgliedern des Bürgerausschusses am Freitag Abend zu eingehender Beratung gelangte. Die Frage, ob der Gemeinderat auf Grund dieses Entwurfs in nicht aufzuschiebende Verhandlungen wegen Eingemeindung mit dem Stadtrat Lahr treten soll, wurde von 47 Abstimmenden mit 30 Ja und 16 Nein beantwortet.

Bürgermeisterwahl in Grauelbaum (Amt Kehl). Bei der am Sonntag abgehaltenen Bürgermeisterwahl wurde der Einwohner August Ludwig mit 102 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Förderung des Fremdenverkehrs in Ottenhöfen. Zum Schutze seiner Entwicklung als Luftkurort hat Ottenhöfen durch Beschluß des Gemeinderats eine neue ortsbaupolitische Vorchrift erhalten, wonach innerhalb des engeren Orts keinerlei gewerbliche oder sonstige Anlagen errichtet werden dürfen, die geeignet sind, die Nachbarschaft durch Rauch, Staub, Dampf, Geruch etc. zu belästigen. Hiermit ist ein alter Wunsch der Fremdenwirte sowohl, wie auch vieler Bürger und Geschäftsleute in Erfüllung gegangen.

Der Bürgerausschuß Freiburg i. Br. hat bezüglich des projektieren städtischen Musikonservatoriums beschlossen, die Vorlage zu verwerfen und einen gemischten Ausschuß zu bilden, der sich der Bearbeitung der Materie unterzieht. Ferner wurde die Vorlage über den Geländeverkauf an der Klosterstraße zur Errichtung eines Studienhauses angenommen ebenso wurde der Nachtragskredit für den Kaufhausumbau mit großer Mehrheit bewilligt. Diese Sitzung war übrigens die erste in dem neuhergerichteten Kaufhausaal.

Der Bürgerausschuß Sigen beschloß sich mit der Festhaltung der Halle ist im Frühjahr von Männergesangverein mit einem Kapitalaufwand von 95 000 Mark erbaut worden. Sie konnte jedoch im wesentlichen nur im Rohbau vollendet werden; es war dem Verein nicht möglich, die gesamten Baukosten aufzubringen, so daß etwa ein Drittel von den Bauherren geteilt werden mußten. Um die Schulden zu decken und die Halle soweit auszubauen, daß sie für alle Anlässe und für jede Jahreszeit benutzt werden kann, war beabsichtigt, eine Gesellschaft zu bilden, die mit einem Kapital von 95 000 Mark ausgestattet wird. 61 000 Mark sollte die Stadtgemeinde Sigen übernehmen, die durch Verkauf des der Stadt gehörenden Gambriusbaues vorerst 45 000 Mark für diesen Zweck flüssig machen könnte, während 34 000 Mark durch Zeichnungen von Anteilseignern innerhalb der Bevölkerung aufgebracht werden könnten. Der Bürgerausschuß stimmte dem Vertrag im wesentlichen zu, hat aber die Beteiligung der Stadt auf 45 000 Mark herabgesetzt. Auf diese Weise wird es zwar möglich sein, die ungedeckten Schulden abzutragen, für den weiteren Ausbau werden aber nur ganz beschränkte Mittel übrig bleiben.

Der Gemeinderat Waldkirch beschloß im Hinblick auf die Art der Behandlung des Gasprojektes im Bürgerausschuß und im Hausbesitzer-Verein, von einer weiteren Behandlung des Projektes zurückzutreten und der Frage erst dann wieder näher zu treten, wenn die Mehrzahl der Bürgererschaft den Wunsch zu einer Gasversorgung unambiguität zu erkennen gibt. — Er beschloß ferner, nachdem die Verwirklichung des Gasprojektes sehr fraglich geworden ist, und die ursprünglichen Grundlagen hinsichtlich Ausbau und Finanzierung sich vollständig geändert haben, sich über den gezeichneten und einbezählten Aktienanteil (10 000 Mark), hinaus nicht zu beteiligen, und das aus dem sog. „Gastervorschub“ erlöste Geld noch zu erlösende Geld für andere noch näher zu bestimmende Zwecke zu verwenden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Betriebstechnische Vauerausstellung des Vereins deutscher Ingenieure

wird am morgigen Samstag im Bibliotheksaal des Badischen Landesgewerkeamts eröffnet. Sie wird auf Veranstaltung der Karlsruher Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure veranstaltet und hat rein belehrenden Charakter. In Modellen und Tafeln zeigt sie die Fortschritte der neuen Arbeitsmethoden der Industrie in Gegenüberstellung zu den bisherigen. Gleichzeitig bietet sie einen Überblick über das Arbeiten und Schaffen der modernen Industrie, so daß der Besuch nicht nur dem Fachmann, sondern auch der Allgemeinheit zu empfehlen ist. Samstag nachmittags 3 Uhr findet anlässlich der Eröffnung der Ausstellung ein Lichtbildervortrag von Prof. Dr. Rehner von der Technischen Hochschule über „Wirtschaftliches Denken und Schaffen in deutschen Maschinenbau“ im großen Saal der Maschinenbauabteilung in der Technischen Hochschule statt.

Sisenbahnverkehr. Während der Konferenz über den Sicherheitspakt in Locarno verkehrt in den Berlin-Badler Schnellzügen D 44/41 ein Schlafwagen Berlin Ansb.-Locarno und zurück. — In den rheinischen Nachtschnellzügen D 307/308 wird vom 10. Oktober ab regelmäßig ein durchgehender Wagen 1./2. Klasse (Kur-Amsterd.) und zurück über Basel geführt.

Verkehr mit Rüssen. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird darüber Klage geführt, daß Rüsse vorjähriger Ernte aufgeweicht und von Händlern und Landwirten als Rüsse diesjähriger Ernte in den Verkehr gebracht werden. In diesem Vorgehen ist ein Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz zu erblicken. Es wird ersucht, solche Fälle unter Verfolgung der Rüsse bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.

Bevorstehende Senkung der Fleischpreise. Wie aus Karlsruhe nach Karlsruhe mitgeteilt wird, soll — Stuttgart ist inzwischen mit einer Senkung der Fleischpreise um 10 bis 20 Pf. pro Pfund bereits vorausgegangen, — auch hier in den nächsten Tagen eine Ermäßigung der Fleisch- und Wurstpreise erfolgen, was auf die an den Viehmärkten eingetretene Entspannung und die seit dem 1. Oktober eröffnete Jagd zurückzuführen sein soll, die erhebliche Mengen Fleisch von Rehen und Hasen auf den Markt bringt.

Schwerliche Folgen der Zigarettensteuer. Hier mußten drei Firmen große Vorräte von zum Teil wertvollen Zigaretten verbrennen lassen, weil sie keine Möglichkeit sahen, nach der zum 1. Oktober wirksamen Materialsteuer ihre Ware zu einem erhöhten Verkaufspreis abzusetzen. Der Verlust wäre infolge der auf 1. Oktober zu zahlenden Steuer nur noch um Taxendeckelung vergrößert worden. — Einem Bürger, dem eine Schwester in Amerika eine Freude machen wollte, wurden auf dem Postamt auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen für 50 Zigaretten 23 Mark Zollgebühr verlangt. Der Mann überließ das Geschenk zur Verfügung der Zollbehörde, da er nicht zu denen gehört, die ohne weiteres 23 Mark auf den Tisch des Hauses legen können. — Die Verbrennung von Zigarettenvorräten, deren Tabak mindestens zum Teil mit Auslandszweigen erworben wurde, ist

vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet ein Non-sens. Es müßte wenigstens eine gezielte Möglichkeit geschaffen werden, derartige Bestände Bedürftigen zugute kommen zu lassen.

Zu dem Vorfalle in der kath. St. Stefankirche wird noch bekannt, daß als Täter der augenblicklich beschäftigungslos, hier wohnhafte ledige Schneider Otto Jäger in Frage kommt. Er lief mit verbundenem Kopfe in der Kirche umher und lenkte dabei bereits die Aufmerksamkeit auf sich. Am Derg-Jesu-Altar zog der Mann plötzlich ein Messer, um auf den ahnungslosen Kaplan Wolf einzustechen, der gerade die Messe las. Der Messer hatte zum Glück die Gefäßesgegenwart, dem Angreifer sofort mit dem Betrugender mehrere Schläge auf den Arm zu versetzen, so daß er den Arm sinken ließ. Er wandte sich nun gegen den Kirchendiener. Die Gefahr erkennend, eilten zwei Kirchenbesucher herbei und es gelang, den Rabiaten zu überwinden und nach der Salzkriste zu verbringen. Da Jäger taubstumm ist, konnte man nur mit Mühe als Grund seines Handelns feststellen, daß er den Geistlichen töten wollte, damit er selbst erköpft werde. Die Polizei verbrachte ihn zunächst nach der nächstgelegenen Wache. Nach Feststellung der Personalien wurde Jäger ins Krankenhaus übergeführt zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes. Der vor einem tragischen Ende bewahrte Kaplan Wolf erlitt nach Schluß der Messe einen Ohnmachtsanfall. Der Täter stammt aus Schaffhausen und wohnte zuletzt in einem hiesigen Gasthaus. Er war in den Jahren 1893 bis 1901 in der Taubstummenanstalt Beroldsheim als Schüler untergebracht. Da zunächst vermutet wurde, daß es sich um einen Geisteskranken handelte, wurde der Täter in das Stadt-Krankenhaus eingeliefert. Dort wurde festgestellt, daß diese Annahme nicht richtig war. Infolgedessen wird heute Einlieferung ins Gefängnis erfolgen.

Bachverein. Als erstes Konzert im diesjährigen Winterprogramm wird am 19. Oktober d. J. in der städtischen Festhalle die „Große Messe in f-moll“ für Soli, Chor, großes Orchester und Orgel von Anton Bruckner aufgeführt. Mit dieser Aufführung soll der am Ende des vorigen Jahres stattgehabte 100. Geburtstag des großen Meisters noch nachträglich begangen werden. In Karlsruhe wurde dieses bedeutendste Chorwerk Bruckners noch nicht aufgeführt. Die Aufführung wurde vom Komponisten im Juni 1879 in der Augustinerkirche zu Wien selbst geleitet. Erst im Jahre 1893 gelangte das Werk unter Johann Schall in den Konzertsaal. Anlässlich des 25. Todestages (11. Oktober 1921) wurde gerade die große Messe in f-moll in verschiedenen Orten (namentlich Norddeutschland) aufgeführt. Das Ausmaß dieses Werkes ist von überwältigender Größe. Es ist banal zu begründen, daß der Bachverein unter der Leitung von Direktor Franz Philipp dieses hervorragende Werk in sein Programm aufgenommen hat.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Der Kälteeinbruch hat in Baden eine empfindliche Temperaturniedrigung (6-7 Grad) gebracht. In einzelnen Landesgegenden trat Frost ein. Nachdem es gestern verschiedentlich zu Niederschlägen gekommen war, (Karlsruhe 7, Feldberg 4 Ltr. pro Quadratmeter), ist es heute früh meist bedeckt, doch wird es unter dem Einfluß des sich rasch von Nordwesten heranziehenden hohen Druckes bald aufheutern. Voraussage für Samstag: heiter und trocken, Ebene hellenweise Frühnebel, nach sehr kühler Nacht (höhere Lage Frostgefahr) am Tage mild.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Okt.	8. Okt.
Amsterdam 100 G.	168.59	169.06
Kopenhagen 100 Kr.	101.62	101.88
Napoli 100 L.	16.78	16.82
London 1 Pf.	20.313	20.363
Newyork 1 D.	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	19.45	19.49
Schweiz 100 Fr.	80.85	81.05
Wien 100 Schilling	59.17	59.31
Prag 100 Kr.	12.425	12.465

Zuteilung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 6. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11 1/2 d, bezw. für ein Gramm Feingold 32,777 pence.

Arbeitsgemeinschaft in der Zementindustrie. Die beiden Konzernne Portland-Zementwerke Heidelberg-Rammheim-Stuttgart A.-G. in Heidelberg und die Widinger'sche Portland-Zement- und Wasserfallwerke A.-G. in Münster Westfalen haben eine Interessengemeinschaft vorläufig auf 10 Jahre geschlossen mit dem Ziele einer späteren völligen Vereinigung.

Preisabbau in der badischen Zementindustrie. Die badische Zementindustrie hat sich ebenfalls entschlossen, die Preisfestsetzung der Regierung auch ihrerseits zu unterstützen und eine Preisermäßigung für ihre Erzeugnisse im Rahmen der ab 1. Oktober eintretenden Umsatzsteuerermäßigung eintreten zu lassen. Die Ermäßigung beträgt 2 %.

Zunahme der Handelsbetriebe in Freiburg von 1907-1925. Das Statistische Amt der Stadt Freiburg veröffentlicht eine Gegenüberstellung der Zahl der Handelsbetriebe in den Jahren 1907 bis 1925. Während die Handelsbetriebe insgesamt sich um rund 72 Proz. vermehrt haben, hat die Bevölkerung der Stadt Freiburg nur eine Zunahme von rund 19 Prozent aufzuweisen. Auf 1000 Einwohner entfallen jetzt 26,4 Handelsgeschäfte gegenüber 18,2 im Jahre 1907. In den einzelnen Branchen hat die Zahl der Geschäfte von 1907-1925 wie folgt zugenommen: Im Handel mit Maschinen und Apparaten um 419 Proz., mit Drogen und Chemikalien um 417 Proz., mit Brennmaterialien um 124 Proz., mit Wäschern und Musikalien um 124 Proz., mit Gebrauchsgegenständen (Kleider, Schuhe, Manufakturwaren, Haushaltungsgegenstände usw.) 106 Proz., mit landwirtschaftlichen Produkten 71 Proz., mit Bau- und Holz, sowie Baumaterialien 70 Proz., mit Schlachtvieh- und anderen Tieren 67 Proz., mit Kolonialwaren und Genussmitteln 37 Proz. Die Handelsagenten und Vertreter haben sich um 106 Proz. vermehrt, die Bäckereien und Metzgereien um 7 bezw. 5 Proz. Es steht wohl außer Zweifel, daß diese unverhältnismäßige Vermehrung der Handelsgeschäfte zu einer Steigerung der Preise führen mußte, zumal sich die Kaufkraft der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit erheblich vermindert, die Zahl der Geschäfte aber beträchtlich vermehrt hat.

50-jähriges Bestehen der Wagh & Freytag A.-G. Frankfurt a. M. Auf ihr 50-jähriges Bestehen kann in diesen Tagen die bekannte Bauunternehmung Wagh & Freytag A.-G. in Frankfurt a. M. zurückblicken. Die Firma hat aus diesem Anlaß eine umfangreiche Festschrift herausgegeben. Die Firma ist aus der 1875 gegründeten offenen Handelsgesellschaft Freytag & Seidenschütz in Neustadt a. d. Odt., die sich

zunächst mit dem Baustoffhandel und weiterhin mit der Ausführung von Mörtele- und betontechnischen Arbeiten befaßt, hervorgegangen. Für diese Firma erwarb im Jahre 1884 der nachmalige Kommerzienrat Dr. Ing. e. h. Conrad Freytag von dem französischen Gärtner Monier das sogenannte Monier-Patent, das die Herstellung von Gefäßen und Konstruktionsteilen durch Umhüllen eines Eisengerüsts mit Zementmörtel zum Gegenstand hatte. Aus dieser patentamtlich geschützten Konstruktion entwickelte sich dann die Eisenbetonbauweise zu der Vollkommenheit und Bedeutung, die sie heute einnimmt. In gleicher Art verließ auch die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Firma. Seit 1883 führt die Firma den Namen Bahf & Freytag; im Jahre 1900 wurde sie in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. In rascher Entwicklung dehnte die Firma ihr Arbeitsgebiet und ihre Organisation durch Gründung von Niederlassungen und Tochtergesellschaften nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch über alle Teile der Osterr.-Ung. Monarchie, über Rußland, Italien und Argentinien aus. Der Jahresumsatz betrug vor dem Kriege 36 Millionen Mark, im Jahre 1917 52 Millionen Mark. — Die Firma zählt heute zu den drei größten deutschen Bauunternehmungen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Festsetzung des Zuschlags zu den Brandentschädigungen. Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährende Zuschlag zu der gesetzlichen Brandentschädigung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. September 1925 an erfolgt, eine Gesamtentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich auf das 1,50fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft.

Karlsruhe, den 3. Oktober 1925.
Der Minister des Innern
Kemmle.

Bekanntmachung

Die abgeforderten Bemerkungen Dornberg, Dauenberg und Probsthof. Die zwischen den abgeforderten Bemerkungen Dornberg, Dauenberg und Probsthof abgeschlossenen Vereinbarungen über die Bezeimigung dieser abgeforderten Bemerkungen mit der Gemeinde Eigeltingen, Amtsbezirk Stockach, mit Wirkung vom 1. April 1925 wurde genehmigt.

Karlsruhe, den 28. September 1925.
Der Minister des Innern
Kemmle.

Dem Gemeinderat Donaueschingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Pferdelotterie erteilt.

Dem Touristenverein „die Naturfreunde“, Ortsgruppe Ludwigshafen am Rhein, wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Der Deutschen Lotterie-Emissions-Gesellschaft in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Polizeioberwachmeister Gustav Frei in Freiburg zum Polizeikommissar, Polizeiwachmeister Georg Kammerer beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim zum Polizeioberwachmeister.

Planmäßig angestellt:

Oberzeichner Heinrich Stiel beim Landesgewerbeamt.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Hauptlehrer Jacob Mübinger an der Volksschule in Karlsruhe zum Oberlehrer dafelbst. Verwaltungsobersekretär Eugen Kreh im Ministerium des Kultus und Unterrichts in Karlsruhe zum Ministerialregistrator dafelbst.

Befördert:

Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Felix Krawitscher die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Ministerium der Finanzen

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Obergeometer Robert Fink in Staufen.

Gestorben:

Die Amtsgerichtsrate Hermann Hartung in Pforzheim und Dr. Kurt Rive in Offenburg.

Badisches Landesbheater

Spielplan für die Zeit vom 10.—20. Oktober 1925

Im Landesbheater:

Samstag, den 10. Oktober * B 4. Th.-Gem. 1—100. Penthesilea. 7½—10½. (5,20.)

Sonntag, den 11. Oktober * Neu einstudiert und mit neuer Ausstattung: Oberon, König der Elfen. Große romantische Oper in drei Aufzügen. Musik von C. W. von Weber. 6½ bis nach 9½. (8,40.)

Montag, den 12. Oktober. Volksbühne 2. Russischer Komödienabend. a) Er ist an allem schuld. b) Die Heirat. 7½—10½. (4,20.) Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Dienstag, den 13. Oktober. * C 5. Th.-Gem. 501—600. Die Fiebermaus. 7½—10½. (7,40.)

Mittwoch, den 14. Oktober * A 5. Th.-Gem. 301—400. Volksbühne, Sondergruppe. Kamper. 7½—10 (5,20.)

Donnerstag, den 15. Oktober * E 5. Th.-Gem. I. S. G. Volksbühne S. G. R. Manfre. 7½—10 (5,20.)

Freitag, den 16. Oktober * F 5. Th.-Gem. II. S. G. Don Pasquale 7½ bis gegen 10 (7,40.)

Samstag, den 17. Oktober * G 5. Th.-Gem. 601—700. Zum ersten Mal Kapitän Braubunds Befreiung. Ein Abenteuer in drei Akten von Bernard Shaw. 7½—10 (5,20.)

Sonntag, 18. Oktober * Festvorstellung anl. des Kongresses für Musikföhrtheit. Vortrag des Herrn Dr. Leopold Schmidt. Berlin: Weber und seine Beziehungen zur Musikföhrtheit. Hierauf: Oberon. 6½—10 (8,40.)

Montag, 19. Oktober * S. 2. Russischer Komödienabend. a) Er ist an allem schuld. b) Die Heirat. 7½—10½ (4,20). Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.

Dienstag, den 20. Oktober * B 5. Th.-Gem. 901—1000. Manfre. 7½—10. (5,20.)

Im Konzertbause:

Sonntag, den 11. Oktober * Bettinas Verlobung. Lustspiel von Leo Benz. 7½ bis gegen 10. (4,20.)

Sonntag, den 18. Oktober * Uraufföhrung: Nidel und die 36 Gerechten. Komödie in drei Akten von Hans J. Rehfisch. 7½ bis nach 9½ (4,20.)

In den Preisen sind die Sozialabgaben und das Programmheft inbegriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 10. Oktober, nachm. 4½—5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag, den 12. Oktober, Auslosung der Karten für dt. Teilnehmer der Theatertage jeweils am Vortag der Aufföhrung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Bezirkssparkasse Reichenau

Bilanz per 31. Dezember 1924.

Aktiva.		Passiva.	
Rassenbestand	8 562,44	Reservefonds aus 1923	2 528,92
Guthaben bei:		Konto-Korrent-Kreditoren	32 805,91
Reichsbank	2 434,50	Spareinlagen	83 612,22
Postsparkonto	186,63	Aufwertungsfonds	1 961,40
Girozentrale	23 382,99	Reingewinn 1924	5 396,59
Konto-Korrent-Debitoren	15 608,25		
Darlehen:			
gegen erste Hypotheken	60 395,51		
gegen Pfand	491,50		
gegen Bürgschaft	13 841,42		
an bürg. Gemeinden	1 120,30		
Betriebsanteil bei der Girozentrale	280,50		
Inventar	1,—		
Summe	126 305,04	Summe	126 305,04

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll.		Haben.	
Verwaltungskosten	2 201,49	Zinsen	11 870,35
Betriebskosten	90,10	Gebühren	45,67
Zinsen	6 001,30	Fremde Geldforten	521,70
Reingewinn	5 396,59	Sonstiges	153,79
		Provisionen	1 097,97
Summe	13 689,48	Summe	13 689,48

Die der Aufwertung unterliegenden Aktiven und Passiven sind hierin nicht enthalten.

Reichenau, den 5. Oktober 1925. E. 3

Bezirkssparkasse Reichenau
gez.: Sauter, Rechner. gez.: Stengele, stellv. Gegenbuchführer.

Städt. Sparkasse Wertheim a. M.

Darstellung des Vermögens und der Schulden auf 31. Dezember 1924.

A. Vermögen.	
1. Aktiv-Kapitalien:	
a) Hypotheken	4 001,—
b) Wertpapiere	2,—
c) Lombarde, Schuldscheine	67 017,—
d) Wechsel	10 750,—
e) Kanto-Korrente	29 702,33
f) Sonder-Anlage	7 500,—
2. Inventar	1,—
3. Rückständige Zinsen	640,37
4. Rassenvorrat auf 31. Dezember 1924	13 328,36
Ca.	132 942,06
B. Schulden.	
1. Guthaben der Einleger	126 714,50
2. Rücklage seither	583,58
Ca.	127 298,08
Gewinn-Gewinn:	5 643,98

Wertheim, den 31. Januar 1925. B. 30

Der Verwaltungsrat. Die Verrechnung.
Barbon. Göp.

Bürgermeisterstelle

Die Bürgermeisterstelle der Stadtgemeinde Schönau (Wiesental) ist in Erledigung gekommen und soll neu besetzt werden. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Lebenslauf und Zeugnissen sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens 25. Oktober d. J. anher einreichen.

Schönau i. W., 6. Okt. 1925.
Der Gemeinderat.

Detektiv-Institut
Argus
Mannheim
O. 6. 6.
Planitz 3. 47
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Güterrechtsregister.

Nachst. § 14
Güterrechtsregistertrag Band II Seite 467: Jung, Andreas, Metzger und Schröder, Katharina in Vietig-

heim. Vertrag vom 29. Aug. 1925. Allgemeine Gütergemeinschaft des B. G. B. vorbehalten ist das im Vertrag bezeichnete Vermögen der Eheleute sowie das der Ehefrau durch Schenkung, Erbschaft oder sonst durch unentgeltlichen Titel künftig anfallende Vermögen. 2. Oktober 1925. Amtsgericht Naftatt.

Schoepfheim. § 29
Güterrechtsregister Band I Seite 320 Hof, Wilhelm, Häber in Schoepfheim und Elisabeth geb. Schild. Vertrag vom 28. September 1925; Gütertrennung. Schoepfheim, d. 5. Okt. 1925. Rab. Amtsgericht.

Mannheim. § 22
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde unter O.-Z. 373 am 2. Oktober 1925 eingetragen: Heinrich Hannüller, Schneidermeister und Räte geb. Werner, Mannheim, Vertrag vom 28. September 1925 Gütertrennung. Unter O.-Z. 374 am 6. Oktober 1925: Heinrich Gajenbrink, Kaufmann und Wirta geb. Raiff, Mannheim, Vertrag vom 29. September 1925 Gütertrennung. Mannheim, d. 6. Okt. 1925. Amtsgericht.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus
Skifahrt ins Glück

Ein Winteridyll aus Silvretta und Bernina
Felix, der Kater

Musikbegleitung: Polizeikapelle
Ab Donnerstag, den 8. bis Samstag, den 10. Oktober, täglich abends 8 Uhr
Mittwoch und Samstag auch 4 Uhr nachm.
Verkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.
Preise: Mk. 0,80, 1,—, 1,30, 1,60, 1,80
Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise E. 798

Mannheim, Vertrag vom 30. September 1925 Gütertrennung. Unter O.-Z. 375 am 6. Oktober 1925: Eugen Vogel, Kaufmann und Hulda gen. Hilda geb. Darstein, Mannheim-Nedaru, Vertrag vom 29. September 1925 Gütertrennung. Mannheim, d. 6. Okt. 1925. Amtsgericht.

Badisches Landesbheater

Samstag, 10. Oktober 1925
* B 4. Th.-Gem. 1—100
In der Reueinstudierung:
Penthesilea

Ein Trauerspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist
In Szene gef. von F. Baumbach
Besetzung:

Penthesilea	Müller
Proitos	Schleppflug
Nereus	Ermarth
Astria	Albrecht
Hauptmännin	Element
Oberpriesterin	Frauentorfer
Erste Priesterin	Noorman
	Bronner
Joienmädchen	Bollner
	Rademacher
Alkides	Kuchen
Dionysus	Stad
Diomedes	Dahlen
Antiochos	Koebel
Arkas	Leigeb
Herold	Brand
Griechen	Riff
Normidionier	Rehner
Dolopier	Weyer
Ketolier	Dr. Stoy
Anfang 7½	Ende 10½
	Sperrest 1 R. 5,20

Druck G. Braun, Karlsruhe.